

## Keine Zukunft mit alten Hasen

## Roland Fürst in den Ständerat

Wahlen sind Zeiten der Versprechen und, wenn es nach unserer Presse geht, auch die Zeit der alten Hasen. Der eine Kandidat wirbt mit der ungeteilten Ständesstimme. Warum stimmt die SVP dann bei wichtigen Abstimmungen im Parlament, zum Beispiel zur Zukunft der Armee, am liebsten mit den Armeeschaffern von der Linken? Der andere bezeichnet sich etwas anbiedernd als Wirtschaftsvertreter der Büezer, beim Debakel der Pensionskasse Ascoop, wo er sich als alter Hase mitbetätigte, war zum Leidwesen der bis heute betroffenen Büezer davon nicht viel zu merken.

Roland Fürst wirbt mit Wirtschaftskompetenz, und als Direktor der Handelskammer verfügt er zweifellos über die besten Beziehungen aller Kandidaten zur gesamten Solothurner Wirtschaft. Aber das ist nicht alles, was Fürst zu bieten hat: Er ist Vater von zwei Töchtern, war 14 Jahre erfolgreicher Gemeindepräsident, Mitglied der Finanzkommission des Kantonsrats, verfügt über einen Studienabschluss als Naturwissenschaftler und war erfolgreich in der Privatwirtschaft tätig. Er ist Ehemann und Familienvater, ein Mann der leisen Töne, ein Schaffer, dossiersicher und belastbar.

Dieser Ausweis ist beeindruckend und spricht für Roland Fürst, die Zukunft wird nicht von leeren Versprechen alterer Hasen, sondern von jungen und doch lebenserfahrenen, unverbrauchten Kräften gestaltet. Also Fürst in den Ständerat, eine zukunftsgerichtete Wahl für unseren Kanton.

URS ALLEMANN,  
KANTONSRAT, RÜTTENEN

Roland Fürst steckt noch nicht im Politfilz  
Eine neue Generation in den Ständerat

Am 29. November finden Ständeratswahlen statt. Wir haben die Auswahl unter drei Kandidaten. Davon ist einer amtierender Nationalrat und einer ehemaliger Nationalrat. Roland Fürst hat keine Erfahrung im eidgenössischen Parlament.

Ist das ein Nachteil? Wohl kaum. Der Kandidat bringt durch die vergangene und aktuelle Ausübung verschiedener politischer Ämter weit mehr als das Basiswissen mit, um im «Stöckli» sachliche und kompetente Politik zu betreiben. Durch diese sehr aktive Mitarbeit in etlichen Gremien spürt Roland Fürst ganz genau, wo dem Volk und dem Kanton Solothurn der Schuh drückt. So wird er die Solothurnerinnen und Solothurner im Parlament auch

authentisch vertreten können. Roland Fürst verfügt zudem durch seine Ausbildung und Berufserfahrung auch zweifellos über das nötige «Rucksäckli», um in Bern mitreden zu können. Und ich glaube, den Eingang zum Ständeratssaal findet jeder der drei Kandidaten mühelos, Erfahrung als eidgenössischer Parlamentarier hin oder her.

Roland Fürst ist jung, unverbraucht und steckt noch nicht im Politfilz. Roland Fürst ist der Richtige für einen zukunftsorientierten und Erfolg versprechenden Kanton Solothurn!

STEFAN BERGER, AESCHI

## «Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun»

## Gründe für eine Ablehnung der Minarettverbotsinitiative

Vor mir liegt ein pompöser Prospekt mit wahrheitsgetreu hervorgehobenen Zitaten aus der islamischen Welt, die beweisen sollen, dass ein Minarett ein Zeichen des islamischen Anspruchs auf Weltherrschaft ist. Ich stelle den sieben genannten Gründen für ein Minarettverbot sieben Gründe für die notwendige Ablehnung dieser ungeliebten Initiative gegenüber.

1. Religionsfrieden sichern. Diese Erwartung der Initianten kann sich nicht erfüllen. Wir verfügen über genügend rechtliche Mittel, um die Einführung der Scharia zu verhindern. Ein Minarettverbot gefährdet mit Bestimmtheit den Religionsfrieden. Ein Ja würde die Schweiz international deklassieren und auf die Stufe der Länder zurückversetzen, welche noch keine Trennung von Kirche und Staat kennen und für die Demokratie noch ein Fremdwort ist.

2. Keine Machtsymbole in der Schweiz: Für Muslime ist das Minarett, wie eine Flagge, ein Symbol, ein Wahrzeichen. «Minarett» bedeutet «Leuchtturm». Seit dem 8. Jahrhundert haben Christen mit ihren Kirchtürmen und Muslime mit ihren Minaretten das Bedürfnis, kundzutun, wo sie sich versammeln und beten. Recht haben die Initianten, wenn sie sagen, dass man seinen Glauben auch ohne solche Symbole ausüben kann. Darum geht es aber nicht. Menschen brauchen Symbole, um für sie geltende kulturelle Werte «anfassen» zu können.

3. Keine Einschränkung der Glaubensfreiheit: Das stimmt. Den Glauben leben kann man auch ohne Minarett. Man kann ja auch Fussball spielen, ohne die von Fans geschwenkten Schweizer Fahnen, die unseren Nationalstolz ausdrücken.

4. Gleichheitsgebot beachten: Die Minarettgegner behaupten, dass ein in der Verfassung verankertes Minarettverbot

nicht gegen das Völkerrecht verstösse, weil der UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte von gewissen Ländern wie Saudi-Arabien missachtet wird. Wer eine solche Logik verbreitet, rechnet mit der Dummheit des Stimmvolks. Genauso dumm könnte man sagen, das Strafrecht könne bei einem bestimmten Mord nicht angewendet werden, weil andere Leute auch morden.

5. Den Muezzin verhindern: Dazu braucht es kein Minarettverbot. Jede Gemeinde kann im Rahmen einer Baubewilligung dafür sorgen, dass kein Muezzin die Umgebung stört. Mit der Furcht vor diesem malen die Initianten den Teufel an die Wand.

6. Eine Radikalisierung stoppen: Die Behauptung, dass Minarett automatisch zur Radikalisierung von Muslimen führen, ist unhaltbar. Nur um Angst zu verbreiten, darf man dies den Wahrzeichen einer anderen Kultur nicht antun. Wenn Gettos entstehen, sind nicht die Minarett schuld, sondern eine ganze Reihe anderer Faktoren.

7. Integration statt Minarett: Mit diesem Argument setzen die Gegner der Meinungsmanipulation die Krone auf. Selbstverständlich müssen sich Muslime in unser Land integrieren. Die meisten der 400 000, die in der Schweiz leben und arbeiten, sind bestens integriert. Ein Minarettverbot wäre kontraproduktiv. Es würde unsere Anstrengungen behindern, Leute aus anderen Kulturen zu integrieren.

Wir haben erlebt, welche Folgen die Verbreitung einer Karikatur des Propheten in Dänemark hatte. Eine vergleichbare Überreaktion streng gläubiger Muslime wäre bei einer Annahme der Initiative zu erwarten. In der Welt des Islam mit immerhin 1,4 Milliarden Menschen würde ein Feindbild entstehen, das sich nicht auf Verstand, sondern auf die Gefühle stützt. Wer wie ich über 40 Jahre lang international unternehmerisch tätig war, weiss, dass etwa bei Auftragsvergaben nicht nur verstandesmäßige Argumente wie Preis und Qualität massgebend sind, sondern sehr oft auch emotionale wie persönliche Vertrauensverhältnisse zwischen Handelspartnern. Aus diesem Grund ist zu befürchten, dass schweizerische Exportunternehmen Schaden leiden und dass auch unsere Stellung auf dem internationalen Finanzmarkt an Bedeutung verlieren würde. Ein Minarettverbot würde auch den Ruf der Schweiz als demokratisches, neutrales Land, das viele humanitäre Organisationen beheimatet und für die Wahrung der Menschenrechte kämpft, untergraben.

Wir sollten die schon vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten besser oder konsequenter nutzen. Die Probleme der Ein-

wanderung und der Einbürgerung müssen und können auf intelligente Art gelöst werden. Wer sich nicht integrieren will, hat bei uns nichts zu suchen, und wer gegen unsere Gesetze verstösst, muss bestraft werden. Inwiefern ein Minarettverbot solche politischen Bemühungen unterstützen kann, ist mir schleierhaft.

Als ich den Prospekt der Befürworter las, fiel mir der Satz ein: «Wenn die Sonne der Kultur tief steht, werfen auch Zwerge lange Schatten.» Ich stimme Nein.

HANS FLURY, WANGEN

Unwirksam und kontraproduktiv  
Nein zur Minarettverbotsinitiative

Die Initiative will mit dem Minarettverbot gleichzeitig auch die Gebetsrufer, die Burka, die Zwangsehe und die Mädchenbeschneidung et cetera bekämpfen. Es ist aber naiv zu meinen, mit dem Verbot dieses symbolischen Bauwerkes könne auch nur einer unterdrückten Frau geholfen, auch nur ein Mädchen vor der Beschneidung gerettet oder andere Äusserungen einer unserer Rechtsordnung widersprechenden islamistischen Haltung verhindert werden.

Vielmehr braucht es gegen Fundamentalisten harte Gesetze und Kontrollen statt Bauverbote. Einreisesperren, Ausweisungen von Hasspredigern und die Überwachung von Fundamentalisten sowie ein ganz klares Bekenntnis zu unserer toleranten und liberalen Rechtsordnung und Lebensweise – das sind die richtigen Mittel gegen islamistische Extremisten. Ein Minarettverbot als Mittel zum Schutz unserer westlichen christlichen Kultur einsetzen zu wollen ist hingegen völlig wirkungslos.

KURT FLURI,  
NATIONALRAT FDP, SOLOTHURN

Solidarische  
Gemeinschaft

## Die Schweizer U17-Fussballer sind Weltmeister

Als Fussballfan hab ich mir natürlich das Finalspiel nicht entgehen lassen und war von Beginn an dabei. Da stand die Schweizer Nationalmannschaft, wahrlich ein schöner Anblick, bereit zum Abhören unserer Nationalhymne. Sie haben recht gelesen, denn Sänger waren nur wenige dabei. Den Stimbruch hatte ich selber glaub mit 13 bis 14, daran kann es kaum liegen. Wäre ich Trainer einer Nationalmannschaft so müsste mir jeder Spieler ein Solo der Hymne vortragen oder aber zu mindestens die Melodie mitbrummen können, ein Beitrag zur Integration.

Und nun sind sie Weltmeister. Nach 93 Minuten haben sie das Final zu ihren Gunsten entschieden. Was mich beeindruckt, ist der Zusammenhalt dieser Mannschaft, die Kameradschaft, die Ruhe und das unerschütterliche Selbstvertrauen. Wer fragt da noch nach eingebürgerten Serben, Slowenen, Türken und so weiter? Sie alle sind eine kompakte, solidarische und verschworene Gemeinschaft mit dem gleichen Ziel.

Bereits haben Schweizer Spitzenmannschaften einige dieser jungen Spieler verpflichtet und schon bald werden internationale Klubs dasselbe tun. Ein jeder geht dann seinen eigenen Weg, und der Juniorentainer fängt wieder mit dem Aufbau eines neuen Teams an – so will es der Lauf der Zeit.

BRUNO HELLER, OLTEN

Undifferenzierte  
Vergleiche

## Nein zur Abschaffung der Handänderungssteuer

Die Befürworter der Initiative verweisen gerne auf die tieferen Handänderungssteuern in anderen Kantonen, verschweigen dabei jedoch den tieferen Katasterschätzwert des Kantons Solothurn und somit die steuerlichen Vorteile der solothurnischen Eigenheimbesitzer. Sie zeichnen also nur das halbe Bild. Die Vergleiche sind unvollständig.

Es wird auch gerne auf das Erfolgsmodell Kanton Zürich verwiesen, wo auf den 1.1.2005 die Handänderungssteuer abgeschafft wurde und in der Folge die dadurch entstandenen Steuerausfälle relativ rasch durch neue Steuereinnahmen kompensiert werden konnten. Es ist naiv zu glauben, diese zusätzlichen Steuereinnahmen seien der Abschaffung der Handänderungssteuer beziehungsweise den davon motivierten Neuzuzügern zu verdanken. Der Hauptgrund für diese zusätzlichen Steuereinnahmen liegt viel eher in der guten Wirtschaftslage in den Jahren vor der Krise.

Im Kanton Zürich war die Handänderungssteuer ausserdem eine Gemeindesteuer. Nicht jede der 171 Zürcher Gemeinden hat die entstandenen Steuerausfälle gut verkraftet. Den Fall Kanton Zürich gibt es nicht. Es gibt 171 Zürcher Fälle. Und keiner von diesen ist eins zu eins auf den Kanton Solothurn übertragbar. Schon gar nicht in der heutigen Krisenzeit. Der gemachte Vergleich ist höchst undifferenziert.

Die Inexistenz einer Handänderungssteuer ist zudem in den wenigsten Fällen ein ausschlaggebendes Kriterium für einen Liegenschaftsverkauf. Deren Abschaffung steigert die Attrak-

tivität des Wohnkantons Solothurn also nur minimal. Ihr Effekt ist vernachlässigbar. Die Versprechen der Befürworter (Kompensation der Steuerausfälle durch Neuzuzüger) sind unrealistisch.

Eine Annahme der Initiative käme zum falschen Zeitpunkt und würde nüchtern betrachtet die Attraktivität des Wohnkantons Solothurn nur unmerklich steigern. Ihre Befürworter argumentieren mit undifferenzierten Vergleichen. Ich lehne sie deshalb ab.

MARKUS KNELLWOLF KANTONSRAT GLP,  
OBERGERLAFINGEN

Zum Aufwuchs der  
Armee gehört auch  
die Wehrindustrie

## Nein zur GSoA-Initiative

Dass die Annahme der GSoA-Initiative rund 10 000 Arbeitsplätze in der Exportindustrie (Wehrtechnik plus Zuliefererbetriebe) vernichten könnte und auch im Kanton Solothurn Arbeitsplätze gefährdet wären, wurde zu Recht bereits in verschiedenen Leserbriefen erwähnt. Effektiv wäre unsere Wehrindustrie ohne Exportmöglichkeiten nicht überlebensfähig.

Aber auch aus Sicht der nationalen Sicherheit ist diese Initiative gefährlich. Die heimische Rüstungsindustrie bringt für unsere Armee wesentliche Leistungen. Ohne funktionsfähige Rüstungsindustrie wäre unsere Armee gerade in Krisensituationen vollumfänglich vom Ausland abhängig. Mit dem Entwicklungsschritt 08/11 und dem Abbau der mechanisierten Kräfte hat sich die Abhängigkeit unserer Armee von der Wehrindustrie noch wesentlich akzentuiert.

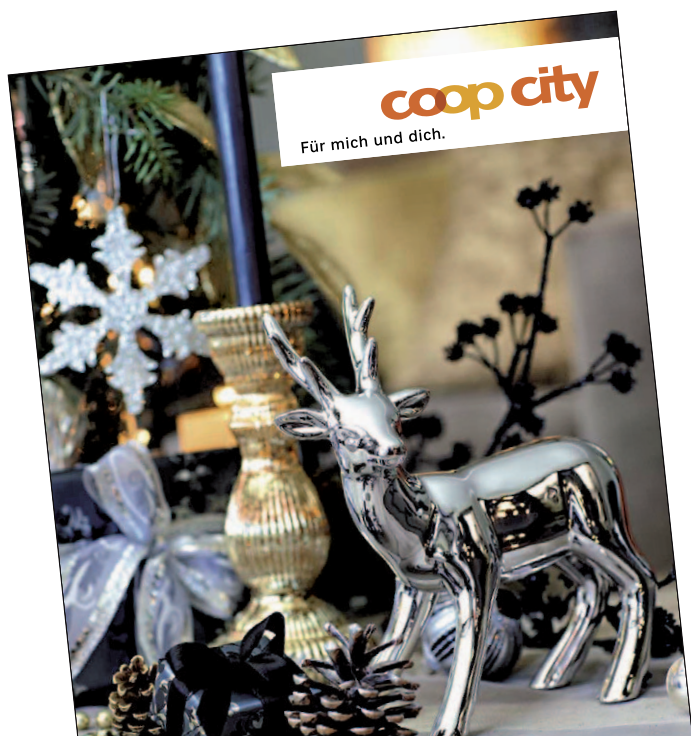
Sollte sich die Bedrohungslage in der Zukunft verschärfen, muss unsere Armee wieder aufwachsen können. Zum Aufwuchs gehört auch die Ausrüstung. Ob in einer Krisensituation die Bedürfnisse der Schweizer Armee an erster Stelle stehen werden, ist aber mehr als fraglich. Stimmen wir daher Nein zu dieser gefährlichen von Antimilitarismus geprägten Initiative.

THOMAS A. MÜLLER,  
KANTONSRAT CVP, LOSTORF

## EINSENDESCHLUSS

Leserbriefe, die sich mit Abstimmungsvorlagen vom 29. November befassen, müssen bis spätestens Dienstag, 24. November, 10.00 Uhr der Redaktion vorliegen. Später eintreffende Einsendungen werden nicht mehr berücksichtigt. (otr)

INSERAT



In der Ausgabe des «Sonntag OT» vom 22. November 2009 finden Sie den Weihnachtsprospekt:

FÜR GLANZVOLLE  
FESTTAGE.

coop city

Für mich und dich.